

N i e d e r s c h r i f t

über die. 8. gemeinsame öffentliche Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses und des Ausschusses für Bau, Planung und Umwelt am Mittwoch, dem 22.03.2017, um 19:30 Uhr im Lindener Ratsstuben, Sitzungssaal

Ausschussvorsitzender BPU	Herr Burkhard Nöh	
Ausschussmitglieder BPU	Herr Volker Heine Herr Frank Hille Frau Karin Lenz Herr Dr. Ulrich Lenz Herr Friedel Löser Frau Alisha Weitze Herr Dr. Heinz-Lothar Worm	Vertretung für Frank Rippl Vertretung für Hen- drik Lodde
Ausschussvorsitzender HFA	Frau Franziska Lodde	
Ausschussmitglieder HFA	Herr Jürgen Arnold Herr Dirk Hansmann Herr Wolfgang Hoth Frau Gudrun Lang Herr Manfred Leun Herr Fabian Wedemann Herr Lothar Weigel	Vertretung für Dirk Seim Vertretung für Peter Reinwald
Stellv. Stadtverordnetenvorsteher	Herr Hans Bausch Frau Antje Markgraf Herr Joachim Schaffer Herr Dr. Christof Schütz	
Magistrat	Herr Thomas Altenheimer Herr Norbert Arnold Herr Sven Deeg Herr Wolfgang Gath Herr Jörg König Herr Reinhold Krapf Herr Gerhard Trinklein	
Ausländerbeiratsvorsitzender	Herr Abraham Abrahamian	
von der Verwaltung	Frau Birgit Dilger-Becker Patrick Retzer Frau Renate Wolf	
Presse	Herr Thomas Wißner	
Protokollführer	Frau Lorina Maus	

Abwesend:

Ausschussmitglieder BPU

Herr Hendrik Lodde
Herr Frank Rippl

Ausschussmitglieder HFA

Herr Peter Reinwald
Herr Dirk Seim

Magistrat

Frau Petra Braun

Tagesordnung:**Öffentlicher Teil**

- 1 Begrüßung, Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Finanzielle Risiken der Investition in einen Windpark - eine kritische Analyse
Referent: Dipl.-Ing. Ralf Schmidt
- 3 Renaturierung „Lückeback“ im Bereich Mühlberg
- 4 Verschiedenes

Öffentlicher Teil

Zu TOP 1 Begrüßung, Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Ausschussvorsitzende Lodde eröffnet die gemeinsame 8. öffentliche Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses und des Ausschusses für Bau, Planung und Umwelt und begrüßt alle Anwesenden. Sie stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde, die vorgeschriebene Veröffentlichung in den Lindener Nachrichten erfolgte und die Ausschüsse beschlussfähig sind. Zur Tagesordnung ergeben sich Änderungen (siehe TOP 1).

Bürgermeister König gibt bekannt, dass der Sachbearbeiter Herr Kübler von der Deutschen Bahn die entsprechenden Zahlen zur Erweiterung des Bahnviaduktes vorliegen hat und diese anhand einer Präsentation erläutern sollte. Dies sollte auf dem TOP 3 nach der Information zum Windpark behandelt werden. Die Eilbedürftigkeit sei gegeben, da die Unterlagen bis zum 01.04.2017 Hessen Mobil vorliegen müssen, um eine Bezuschussung zu erhalten.

Herr Leun führt aus, dass die Unterlagen zum Thema Bahnviadukt erst am Tag vor der Sitzung, gegen Nachmittag, zur Verfügung gestellt wurden und wohl kaum jemand diese durchgelesen hat. Außerdem hieß es, nur zur Kenntnisnahme und man kann doch so keinen Beschluss fassen.

Bürgermeister König erklärt, dass es hier nicht um eine Beschlussfassung geht, sondern nur um Informationen. Der Beschluss soll erst in der Stadtverordnetenversammlung am 28.03.2017 anhand einer Magistratsvorlage gefasst werden.

Herr Dr. Schütz merkt an, dass zu diesem Thema erst nichts passiert und auf einmal alles wieder ganz schnell geht. Er selbst habe sich nicht mit dieser Angelegenheit beschäftigt und ein Vortrag ist interessanter, wenn man sich vorher schlau gemacht hat. Eine Eilbedürftigkeit wurde von Herrn König hergestellt, aber sie ist real nicht gegeben und es gibt keinerlei Handlungsbedarf. Seine Partei werde der Neuerung der Tagesordnung nicht zustimmen. Wenn dies jetzt durchgedrückt wird gegen die Überlegungen und Zweifel der kleineren Fraktionen, muss man darüber nachdenken, ob man dies formal auch angreift.

Bürgermeister König führt aus, dass die Eilbedürftigkeit gegeben ist und es daher vernünftig wäre, dieses Thema auf die Tagesordnung zu setzen. Die Unterlagen sind komplex und nicht leicht zu verstehen, aber aus diesen Gründen sollte diese Präsentation zur Information dienen. Wenn wir Zuschüsse bekommen wollen, dann müssen wir jetzt auch handeln.

Herr Hille kann die Bedenken von Herrn Dr. Schütz nicht nachvollziehen. Da das Material am Vortag kam, kann nun auch der Informations-Vortrag gerne stattfinden. Die CDU stimmt der Änderung der Tagesordnung zu.

Es erfolgt die Abstimmung über die Änderung der Tagesordnung bzgl. des TOP 3.

Abstimmung HFA: 5 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen - daher ist der HFA für keine Änderung der Tagesordnung.

Abstimmung BPU: 6 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung - daher ist der BPU für eine Änderung der Tagesordnung.

Frau Lodde führt aus, dass auf Grund der Abstimmung ab TOP 3 eine Sitzungsteilung erfolgen könne.

Herr Dr. Schütz macht darauf aufmerksam, dass dies eine gemeinsame Sitzung ist und stellt den Antrag zur Geschäftsordnung den TOP wieder von der Tagesordnung zu nehmen.

Herr Dr. Lenz führt in einer Gegenrede zu diesem Antrag aus, dass der Vortrag von Herrn Kübler von der Deutschen Bahn am Ende der Sitzung ohne den HFA abgehalten werden kann.

Abstimmung BPU

6 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen

Bei 6 ja-Stimmen soll der TOP nicht von der Tagesordnung genommen werden.

Auf Grund dieser Abstimmung wird der Zusatzpunkt der Deutschen Bahn als letzter TOP ohne den HFA abgehalten.

Zu TOP 2 Finanzielle Risiken der Investition in einen Windpark - eine kritische Analyse
Referent: Dipl.-Ing. Ralf Schmidt

Frau Lodde begrüßt den Referenten Herrn Schmidt und seinen Kollegen Herrn Beckers.

Herr Schmidt erläutert anhand einer Präsentation seine Bedenken gegen die Beteiligung an einem Windpark (Präsentation wird beigelegt).

Herr Hille fragt nach, wenn es so niedrige Windgeschwindigkeiten sind, warum ein Windpark dann überhaupt genehmigt werden kann.

Herr Schmidt erklärt, dass eine Genehmigung aber anscheinend doch möglich ist. Zudem richten sich Teilregionalplan, Gutachten und TÜV-Messung nach den 5,75 m/s in 140m Höhe.

Herr Beckers erklärt, dass die 5,75 m/s Grundlage für die Genehmigung eines Vorranggebietes ist.

Herr Dr. Schütz merkt an, dass es unmöglich sei, dass ein Gutachter des Betreibers bestellt wird, der ein Gutachten erstellt, welches nicht real ist. Er fragt nach, ob die Windgeschwindigkeitsmessungen überhaupt erfolgt sind.

Herr Beckers erklärt, dass eine Datensammlung angelegt und analysiert wurde und daraus die Windgeschwindigkeiten errechnet wurden.

Herr J. Arnold teilt mit, dass es Landkarten gibt, worauf zu erkennen ist, wo sich Windkraftanlagen rechnen würden. Beispielsweise in der Röhn, im Vogelsberg oder auch im Westerwald.

Herr Hille merkt an, dass es bei diesen Projekten auf die Windgeschwindigkeiten ankommt und fragt nach, wie diese nachzuweisen sind.

Herr Schmidt erklärt, dass man zwar die Windgeschwindigkeiten messen kann, diese aber in der Vergangenheit liegen. Für die Zukunft können nur Prognosen gestellt werden.

Zu TOP 3 Renaturierung „Lückeback“ im Bereich Mühlberg

Frau Dilger-Becker referiert über das Thema Renaturierung „Lückenbach“ im Bereich Mühlberg. Die Folien der Präsentation sind der Niederschrift beigelegt.

Herr Dr. Schütz möchte eine Erläuterung des Wortes „Sohlgleite“ haben.

Frau Dilger-Becker erklärt, Sohlgleiten sind Querbauwerke, die man in Gewässern entgegen der Strömungsrichtung unterhalb der Wasseroberfläche einbaut. Dies können Steinschüttungen oder auch

Holzverbaue sein. Diese verändern den Fluss des Wassers sowie die Strömung und vermindern die Fließgeschwindigkeit des Gewässers, auch die Tiefenerosion tritt nicht so stark auf.

Herr Dr. Schütz fragt nach, ob es unter anderem das Ziel sei, die Fließgeschwindigkeit des Lückebachs herabzusetzen. Wäre es da nicht auch sinnvoll so eine Mäanderung einzubauen, wie es auch in dem unteren Teil des Lückebachs stattgefunden hat?

Frau Dilger-Becker erklärt, dass wir mittlerweile auch ein großes Problem haben, die dafür erforderlichen Flächen von den Landwirten zu bekommen. Das Gewässer ist in keinem sehr schlechten Zustand, es ist nur verbesserungswürdig. Es sollen strukturelle Veränderungen vorgenommen werden und es sollen Lebensräume für Tiere geschaffen werden. Dem Bach soll auf diesen 10 Meter Breite eine Entwicklung der Eigendynamik ermöglicht werden.

Herr Bausch möchte eine Erläuterung zu dem Wort „Bermen“. Außerdem merkt er an, dass diese Bereiche wieder mehr Wildschweine zur Querung nutzen könnten.

Frau Dilger-Becker führt aus, dass „Bermen“ eine Terrassierung am Hang ist. Diese haben zwei Ebenen und in diesem Bereich wird das Gewässer etwas aufgeweitet. Ein Problem mit Wildschweinen sehe sie nicht.

Frau Markgraf fragt nach, ob die Steilufer als Möglichkeit für den Eisvogel vorhanden bleiben. Zudem erklärt sie, dass im nördlichen Ufer im östlichen Bereich ein großer Kanal mündet und fragt nach ob die Renaturierung hierauf Auswirkungen hätte.

Frau Dilger-Becker berichtet, dass man bei der letzten Begehung schöne Wände gesehen hat und diese auch erhalten bleiben sollen. Der große Kanal eine Regenentlastungsanlage. Diese muss noch in die Renaturierung eingeplant werden.

Zu TOP 4 Verschiedenes

Eisenbahnunterführung - Erneuerung der Verkehrsfläche

Frau Markgraf führt aus, dass sie die Unterlagen bzgl. des Viaduktes bekommen und angeschaut hat. Jedoch ist in dem Erläuterungsbericht benannt, dass die Aufweitung den nötigen Platz für einen Gehweg schafft. Dies wäre laut Bürgermeister König über einen Bebauungsplan geregelt.

Bürgermeister König erklärt, dass es sinnvoll wäre, sich zumindest den kommenden Vortrag von Herrn Kübler anzuhören. Sicherlich hat sich die Frage dann erübrigt.

Veranstaltung der CDU am 29.03.2017

Frau Markgraf führt aus, dass die CDU sehr aktiv ist, wenn es um die Planungen und Vorhaben der Stadt Linden geht. In den Lindener Nachrichten hat gestanden, dass am 29.03.17 ein Termin geplant ist bzgl. des Feldweges von der Dresdener Straße in Richtung Bahnlinie. Was ist dort geplant oder vorgesehen?

Bürgermeister König erklärt, dass dies eine normale Parteiveranstaltung und eine wissensbildende Veranstaltung sei.

Herr Norbert Arnold führt aus, dass es hierbei um ein kostenfreies Förderprogramm geht, welches diesen Feldweg betrifft. Der Bodenbelag auf dem Feldweg kann mit einer Decke überzogen werden und diese Kosten würden übernommen werden.

Frau Markgraf macht auf den Landschaftsplan aufmerksam.

Ausschussvorsitzende Lodde beendet den HFA, da die Abstimmung ergeben hat, dass der HFA an der Präsentation von Herrn Kübler von der Deutschen Bahn nicht teilnimmt.

Zu TOP 5

Eisenbahnunterführung

Ausschussvorsitzender Nöh eröffnet die Präsentation von Herrn Kübler von der Deutschen Bahn.

Herr Kübler ist der zuständige Sachbearbeiter der Deutschen Bahn und referiert über die geplante Bahndammsanierung in Linden. Die Präsentation ist allen Anwesenden bekannt.

Bürgermeister König führt aus, dass die Stadt derzeit ca. 560.000€ zahlen muss. Allerdings sind davon 170.000€ Planungskosten, die nicht von Hessen Mobil bezuschusst werden. Zu diesen 560.000€ kommen dann auch noch die Kosten für die Sanierung der darunter liegenden Straße hinzu.

Herr Kübler berichtet, dass die darunter liegende Straße im Zeitraum der Bauarbeiten für ca. 4 Monate gesperrt werden muss. Da keine Züge über die Brücke fahren können, wird in dieser Zeit von der Deutschen Bahn ein Schienenersatzverkehr eingerichtet.

Herr Schaffer berichtet, dass er sich die Unterlagen durchgesehen hat, dies aber alles sehr komplex sei. Er fragt nach, warum vier Planungsvorschläge in den Unterlagen vorhanden sind. Auch die Beteiligung der Stadt Linden bei diesem Bauvorhaben ist ihm nicht klar.

Herr Kübler erklärt, dass die vier Planungsvorschläge nur zur Teilungsberechnung beitragen. Für die endgültige Ausführung gibt es nur einen Planungsvorschlag.

Frau Weitze hat in den Unterlagen eine blau schraffierte Fläche bemerkt, welche angemietet werden soll und bittet um nähere Erläuterungen.

Ihre Frage wird zufriedenstellend von Herrn Kübler beantwortet.

Frau Lang sagt, dass im Vertrag steht, dass alle Bauarbeiten während des laufenden Eisenbahnbetriebes und des Straßenverkehrs ausgeführt werden. Eben sprach Herr Kübler von einer Straßenspernung. Somit wäre der Vertrag falsch.

Herr Kübler führt aus, dass die Straße definitiv für 4 Monate gesperrt werden muss. Wenn allerdings im Vertrag steht, dass die Straße durchgehend befahrbar ist, dann muss in diesem Punkt der Vertrag korrigiert werden.

Herr Dr. Lenz führt aus, dass bei diesem Bauvorhaben mit Sicherheitsposten gearbeitet werden muss und fragt nach, ob diese in der Berechnung berücksichtigt wurden.

Herr Kübler erklärt, dass die Sicherheitsposten (welche unter den Sonderposten laufen), sowie die Planungs- und Bauüberwachung in der Berechnung berücksichtigt wurden.

Herr Saerov von Kolmer + Fischer referiert über das Thema „Erneuerung der Verkehrsfläche“ unter der Bahnbrücke.

Herr Nöh fragt nach dem Grund, warum der geplante Fußgängerweg mit 2,05m so extrem breit ist.

Herr Saerov erklärt, dass ein Fußgängerweg eine Mindestbreite von 1,50m haben sollte, dass man vernünftig aneinander vorbei gehen kann, ohne an der Außenwand hängen zu bleiben oder von einem Fahrzeug mitgenommen zu werden.

Frau Lang teilt mit, dass sie selbst davon ausgegangen ist, dass die Straße verbeitert werden soll, um den Begegnungsverkehr zu ermöglichen und eine Anbindung an das neue Baugebiet zu schaffen. Ein Auto habe im Durchschnitt eine Breite von 2,10m. Faktisch passen zwei Autos aneinander vorbei, aber wirklich viel Platz zwischen den Autos ist dann nicht. Die Idee war eine neue Straße zu schaffen, jedoch geschieht dies mit der geplanten Fahrbahnbreite nicht. Jetzt hätte man die Chance etwas zu verändern.

Herr Saerov erklärt, dass man in dieser Unterführung mit dem Autoreifen nicht auf der äußeren weißen Linie fahren kann, da man sonst mit dem Außenspiegel an der Wand hängen bleibt. Außerdem habe er nach den Informationen gehandelt, dass die Straße so breit wie jetzt bleiben sollte.

Bürgermeister König führt aus, dass eine Aufweitung von 7,50m beschlossen wurde. Derzeit ist die jetzige Planung auch die richtige Variante. Außerdem liegt das Baurecht durch das Planfeststellungsverfahren bei der Deutschen Bahn und somit brauchen wir auch keinen gesonderten Bebauungsplan.

Herr Saerov merkt an, dass weder die Deutsche Bahn, noch die Stadt Linden Baurecht benötige, da man eine eins zu eins Erneuerung vornimmt. Hinsichtlich des Bürgersteiges kann das Bauwerk noch verändert werden.

Herr Bausch führt aus, dass man es gleich richtig machen sollte oder gar nicht. Eine Fahrbahnbreite von 5m sei zu wenig.

Herr Nöh erklärt, dass diese Planung nur ein Vorschlag ist und nach wie vor verändert werden kann.

Herr Saerov erklärt, dass man den Gehweg auch auf 1,55m verkleinern kann, aber durch die breitere Fahrbahn bekommt man auch automatisch mehr Verkehr, da sich der Verkehrsteilnehmer immer für den Weg mit der kürzesten Fahrzeit entscheidet.

Frau Weitze fragt nach, bei wem letztendlich die Entscheidung des Ausbaues liegt.

König erklärt, dass wir bei der Planung entscheiden müssen, ob wir eine Verbreiterung auf 7,50m wollen oder nicht. Sobald die Kosten feststehen, muss das Parlament entscheiden. Dies soll nächste Woche in der Stadtverordnetenversammlung entschieden werden. Dabei geht es aber nur um die Aufweitung auf 7,50m.

Frau Lang merkt an, dass man schon bei den Vorüberlegungen darüber nachgedacht hat, die Fußgänger außerhalb des Viaduktes entlang gehen zu lassen. Man könne ja auch den Gehweg auf derselben Höhe wie die Fahrbahn lassen, dies aber farbig absetzen. Idee war eigentlich, die älteren Ortskerne von dem vermehrten Verkehrsaufkommen zu entlasten.

Herr Nöh erinnert, dass die Variante des Straßenkörpers nach wie vor offen ist.

.....
Vorsitzender BPU Burkhard Nöh

.....
Vorsitzende HFA Franziska Lodde

.....
Protokollant Lorina Maus